

Abrissbeginn gegen Jahresende

Ausschreibung ist gründlich vorzubereiten / Verhandlungen über das Ültje-Projekt können aber schon weitergehen



Noch sind die Gebäude der ehemaligen Erdnussrösterei dem Verfall preisgegeben. Sie sollen jedoch einem neuen Wohnquartier weichen. Nur der markante Turm bleibt erhalten.

EZ-Bild: Hasseler

Von Gaby Wolf
☎ 0 49 21 / 89 00-415

Emden. Mit dem Abriss der alten Ültje-Fabrik - mit Ausnahme des markanten Turms - wird voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres begonnen. Diese Einschätzung hat Stadtbaurat Andreas Docter bei der Ratssitzung am Mittwochabend abgegeben.

Damit dämpfte er zwar die von CDU-Fraktionschef Helmut Bongartz geäußerte erwartungsfrohe Hoffnung, dass das Gelände schon in diesem Jahr „sauber“ zur Neubebauung an die Bietergemeinschaft der vier Emdener Wohnungsbauvereine übergeben werden kann. Trotzdem waren alle Fraktionen froh, dass jetzt die nächsten Schritte getan werden können, um das Ültje-Gelände zu einem Wohnquartier

für alle Bevölkerungsschichten zu entwickeln. So gab der Rat sein einstimmiges Okay für die weiteren Verhandlungen der Stadt mit der Bietergemeinschaft „Gewoba“, „Emder Bau und Boden“, Genossenschaft „Selbsthilfe“ und „Beamten Bau- und Wohnungsverein“.

Jetzt ist auch die CDU zufrieden

Nachdem die CDU-Fraktion vorige Woche im Stadtentwicklungsausschuss angesichts kurzfristig veränderter Rahmenbedingungen und Vorgaben für die Neubelebung des Geländes noch Beratungsbedarf angemeldet hatte, signalisierte auch diese nun große Zufriedenheit. „Nun geht es

erkennbar voran, und wir finden es gut, dass wir unsere Ideen noch einbringen konnten“, sagte Bongartz. Er schloss sich damit der SPD-Fraktionsvorsitzenden Maria Winter an. Diese hatte das Ültje-Vorhaben noch einmal als zentralen Bestandteil bei der Aufwertung des gesamten Stadtteils Port Arthur/Transvaal im Rahmen der „Sozialen Stadt“ hervorgehoben: „Derzeit ist das Gelände ja eher ein Schandfleck.“

Umso dringlicher war Bongartz das Anliegen „Abriss“. „Wir haben doch aus dem Förderprogramm über 860 000 Euro vom Land Niedersachsen bekommen“, führte er an. „Und da die Stadt den Abriss erledigt, müssen wir nicht auf die Verhandlungen mit der Bietergemeinschaft warten, sondern könnten die Arbeiten jetzt schon ausschreiben.“

Der Stadtbaurat machte jedoch deutlich, dass das trotzdem seine Zeit dauern werde. So sei etwa ein Schadstoffkonzept für das Fabrikgelände zu erstellen, zudem seien weitere Vorbereitungen für die Ausschreibung nötig. „Das wird peu à peu anlaufen, und natürlich werden wir alles versuchen, damit es zügig läuft“, versicherte Docter. Doch weil das Land das finanziell fördert, müsse auch jeder Schritt abgestimmt sein.

Während Bongartz den Zeitfaktor trotzdem „etwas beunruhigend“ fand, sah Bernd Renken (Grünen) das Ganze gelassener: „Das ist so ein großes Projekt, dass es auf ein, zwei Monate nicht ankommt.“ Er lobte das Zusammenspiel von „Bürger- und Fachkompetenz“ für den gesamten Stadtteil. „Das hier hat die große Chance,

ein nachhaltiges Entwicklungsprojekt zu werden, und das könnte auch Mustercharakter für weitere Vorhaben in der Stadt haben.“

Appell: Wohnraum für „Abgehängte“

Erich Bolinius (FDP) freute sich, dass „wir 170 bis 200 Wohnungen bekommen“. Horst Götze (SPD) richtete den Blick auf die soziale Komponente. „Wir haben wegen der hohen Mietpreise immer mehr Obdachlose, aber auch Studenten und Allereinerziehende, die keine Wohnung finden“, sagte er. „Wir sollten hier wirklich bezahlbaren Wohnraum für Menschen hinbekommen, die jetzt abgehängt sind.“

Dass zudem ein bestimmter Anteil der Wohnungen definitiv barrierefrei sein wird, weil das die niedersächsische Baugesetzgebung so vorgibt, hatte Docter bereits in der Einwohnerfragestunde zu Beginn der Ratssitzung versichert. Dort hatte der Vorsitzende des Behindertenbeirats, Christian Züchner, alarmiert nachgefragt, weil in den abgeänderten Passagen der Rahmenbedingungen nur noch von „barrierearm“ die Rede sei. „Das heißt: Barrieren wären da - nur weniger“, sagte Züchner. „Was wir da mit der Bietergemeinschaft vereinbaren möchten, bezieht sich auf einen anderen Bereich, den der Förderung“, klärte Docter auf. Man habe sich dabei an den Formulierungen in den möglichen Förderprogrammen des Landes orientiert. **Kommentar Seite 20**